

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom Dienstag, 18. März 1997

Sitzungsleiterin: stellv. Bürgermeisterin Anhalt
Schriftführerin: Walter

Anwesend waren die Stadträtinnen Gruber, Luther, Hülser (für Spötzl), und Portenlänger sowie die Stadträte Abinger, Geislinger (für August), Berberich (für Will) und Schechner.

Entschuldigt fehlten Stadträtin Will sowie die Stadträte August und Spötzl.

Beratend nahm an der Sitzung Herr König teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte stellv. Bürgermeisterin Anhalt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 1

Museum Wald und Umwelt;
Auftragsvergabe für den Weiterbau eines Modells
öffentlich

Zu diesem Tagesordnungspunkt war Herr Freitag anwesend.

Herr Freitag erläuterte dem Sozialausschuß, daß das bisherige Fichtennadelmodell aus Verständnisgründen einer Erweiterung bedarf und stellte das Modell anhand von Skizzen eingehend vor. Desweiteren informierte er über die geplante Aufstellung des Modells im Museum. Die Mehrkosten für die nachträgliche Modifizierung des Modells liegen bei ca. 11.200,00 DM. Herr Freitag berichtete, daß bereits mehrere Museen Interesse an einer Ausleihe des Fichtennadelmodells gezeigt haben.

Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen beschloß der Sozialausschuß, der Auftragsvergabe für die Modifizierung des Fichtennadelmodells vorbehaltlich der Haushaltsentscheidungen 1997 zuzustimmen.

TOP 2

Verein Abenteuerspielplatz e. V.;
Zuschußantrag 1997

öffentlich

Mit Schreiben vom 30.01.1997 beantragt der Verein Abenteuerspielplatz wie in den Vorjahren einen Zuschuß für Betreuungskosten in Höhe von 5.062,50 DM und einen Verwaltungskostenzuschuß in Höhe von 2.900,00 DM. Außerdem beantragt der Verein einen Zuschuß in Höhe von 5.000,00 DM für die Zirkuswochen 1997. Auch dieses Zuschußgesuch entspricht in seiner Höhe dem Vorjahr.

Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen beschloß der Sozialausschuß vorbehaltlich der Haushaltsentscheidungen 1997, den Zuschußanträgen des Vereins Abenteuerspielplatz zuzustimmen. Zusätzlich übernimmt die Stadt wie in den Vorjahren die Kosten für eine Toilettenanlage, die Leistung des städtischen Bauhofs sowie die Pachtkosten in Höhe von ca. 2.000,00 DM/Jahr.

Auf Anfrage von Stadträtin Gruber berichtete Herr Freitag, daß die Pflanzung am Waldmuseum zum Teil nicht angewachsen ist. Die Nachpflanzung läuft auf Garantie. Außerdem wurden im Niederwald durch Mäusefraß Bäume beschädigt. Auch dies läuft auf Garantie. Einige Bäume wurden durch einen Rehbock beschädigt. Als sehr unerfreulich stellte Herr Freitag heraus, daß Unbekannte an Pflanzen entlang des Pfades wohl mutwillig Spitzen abgebrochen haben.

Stadtrat Schechner schlug vor, das Areal mit einem Wildzaun zu umzäunen, der evtl. kostenlos gebraucht erworben werden kann.

Stadträte Geislinger und Ried schlugen vor, gegen Mäusefraß spezielle Mäusegitter bei der Neupflanzung unter den Wurzeln einzubringen.

Die beiden Vorschläge wurden vom Umweltausschuß befürwortet.

TOP 3

Beratung zur Vorgehensweise für die Erstellung einer Agenda 21

öffentlich

Herr König stellte dem Umweltausschuß die beiden Bände vor, die Leitfaden eines Teils der „Umweltinitiative Bayern“ sind. Dieser „Leitfaden für eine nachhaltige Kommunalentwicklung“ dient der Umsetzung der Agenda 21, des globalen Umweltaktionsprogrammes, das 1992 auf der Konferenz der vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von 170 Staaten (darunter die BRD) unterzeichnet wurde, auf kommunaler Ebene. Er beschreibt in Band 1 10 Handlungskonzepte, die in Band 2 durch jeweils entsprechende konkrete Maßnahmenbeispiele ergänzt werden.

Die Verwaltung ist derzeit dabei, den Inhalt der einzelnen Handlungskonzepte mit Blickwinkel auf Ebersberg zusammenzufassen und der Ebersberger Situation gegenüberzustellen, wobei jedem Abschnitt folgende Gliederung zugrundeliegt:

- Spalte 1: Kurze Beschreibung des Handlungskonzeptes
 Spalte 2: Beispiele für künftige Umsetzungsmöglichkeiten
 Spalte 3: Situation in Ebersberg - bereits abgeschlossene oder laufende Projekte (ohne Vollständigkeitsanspruch)
 Spalte 4: Defizite, die in Ebersberg bestehen - Handlungsbedarf.

Herr König stellte dem Umweltausschuß einige konkrete Beispiele vor. Der Umweltausschuß solle heute darüber beraten, ob und in welcher Vorgehensweise für Ebersberg ein Umweltschutzprogramm verwirklicht werden soll.

Herr König schlug vor, die Stadt solle unter Einbeziehung der Bevölkerung, Vereinen und sonstigen Initiativen einen Wunschkatalog erstellen. Der Stadtrat entwickelt hieraus eine Prioritätenliste und wird entsprechend tätig. Der zentrale Sammelpunkt verbleibt bei der Stadt, diese weist zu gegebener Zeit die Stelle einer/eines Umweltreferenten aus.

Stadträtin Portenlänger bat zu überlegen, ob nicht kompetente Fachstellen kontaktiert werden sollten. Herr König erklärte hierzu, daß dies noch verfrüht sei, der Einstieg sollte ausschließlich von der Stadtverwaltung selbst erfolgen, da Dritte die für die Bestandsaufnahme nötigen Details nicht kennen.

Stadträtin Gruber wies darauf hin, daß das Kreisbildungswerk vier in diese Richtung tätige Arbeitsgruppen eingerichtet hat, deren Ergebnisse miteinbezogen werden sollten.

Stadtrat Berberich vertrat die Ansicht, daß der Einstieg in ein entsprechendes Umweltschutzprogramm zwingend sei und als Einstiegshilfe durchaus Fachbüros dgl. konsultiert werden sollten. In Ebersberg fehlt bisher die nötige Bestandsaufnahme zum Umweltschutz.

Stellv. Bürgermeisterin Anhalt erklärte, daß sich Ebersberg bisher schon verstärkt im Umweltschutz bemüht habe. So seien die Anstrengungen um sauberes Trinkwasser und die Vorhaben in der Kläranlage um optimal gereinigtes Abwasser vorbildlich. Auch auf die viele Jahre laufenden Landschaftspflegeprogramme der Stadt in Zusammenarbeit mit den Landwirten wurde hingewiesen. Durch die Einstellung einer Abfallberaterin konnte die Müllmenge von 135 kg pro Person/Jahr auf 87,73 kg gesenkt werden.

Herr König wies darauf hin, daß das Arbeitspapier im Rathaus von einer zentralen Stelle, und nicht von den einzelnen Abteilungen erarbeitet werden soll. Erst nach Fertigstellung des Arbeitspapiers sollen die einzelnen Abteilungen, entsprechende Fachbüros, der Verkehrs- und Verschönerungsverein, Landwirte usw. einbezogen werden.

Stadtrat Berberich bat, regelmäßig im Umweltausschuß über die Entwicklung des Arbeitspapiers zu berichten.

Nach eingehender Beratung beschloß der Umweltausschuß einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, eine kommunale Agenda für Ebersberg zu erstellen und dabei wie von Herr König vorge-tragen zu verfahren.

TOP 4

Beteiligung an einer Energieagentur der Stadt München

öffentlich

Herr König informierte den Umweltausschuß, daß die Stadt München die Gründung einer Energieagentur beschlossen hat. Dazu wurde vom Umweltschutzreferenten der Stadt München zusammen mit den Stadtwerken München ein Rahmenkonzept entwickelt, das das künftige Aktivitätsprofil und den Aktionsrahmen der Energieagentur umreißt, potentielle Zielgruppen und Auftragsgeber benennt, die wirtschaftliche Ausrichtung vorgibt, sowie den angestrebten Kreis der Gesellschafter und des vorgesehenen Beirats eingrenzt. Parallel zur Beschlußfassung und Konzepterarbeitung hat die Landeshauptstadt im Projektverbund mit den Städten Neapel und Sevilla einen Antrag an die Europäische Union auf finanzielle Förderung gestellt, um vor allem die Startphase noch besser abzusichern. Inzwischen liegt eine verbindliche Zusage der EU vor, die Gründung der Münchner Energieagentur mit einem Zuschuß von 150.000 ECU zu unterstützen.

Mit Schreiben vom 31.01.1997 fragt das Umweltreferat der Stadt München an, ob die Stadt Ebersberg an einer Beteiligung in der zukünftigen Energieagentur interessiert ist. Als Beteiligungsform käme für Ebersberg folgendes in Frage:

1. Die Position als Gesellschafterin in der GmbH, die der Stadt Ebersberg über eine zu leistende Kapitaleinlage das Recht auf Mitgestaltung der Unernehmenspolitik gibt oder
2. die Mitgliedschaft im Beirat, d. h. mit beratender Funktion, die kein finanzielles Engagement erfordert.

Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen beschloß der Umweltausschuß auf Empfehlung der Verwaltung, dem Beirat der Energieagentur als Mitglied beizutreten.

Stadtrat Schechner schlug vor, der Agentur die Erfahrungen mit der Hackschnitzelheizung mitzuteilen.

TOP 5

Bericht über den Betrieb des Hallenbades

öffentlich

Herr König berichtete, daß die Gesamtausgaben für den Betrieb des Hallenbades bei jährlich ca. 375.000,00 DM, die jährliche Abschreibung bei 150.000,00 DM liegt. Dem stehen Einnahmen in Höhe von knapp unter 60.000,00 DM im Jahr gegenüber. Große Nachfrage finden Schwimmkurse, Seniorenschwimmen, Wassergymnastik, Mutter-Kind-Schwimmen sowie die Kinderspielnachmittage. Aus den Schwimmkursen konnten im letzten Jahr ca. 10.000,00 DM eingenommen werden. Die Stadt ist deshalb bemüht, nach Möglichkeit vermehrt Kurse anzubieten. Große Resonanz findet auch der Warmbadetag jeden Mittwoch. Herr König schlug vor, auch als Versuch über die Wintermonate freitags einen weiteren Warmbadetag einzuführen.

Der Sozialausschuß nahm den Bericht über den Betrieb des Hallenbades zur Kenntnis und beschloß einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, als Versuch über die Wintermonate freitags einen zusätzlichen Warmbadetag einzuführen.

Herr König informierte den Ausschuß eingehend über die Besucherentwicklung und deren Verteilung der Besucher auf die Wochentage. Die hierzu angefertigten Diagramme sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. In eingehender Debatte diskutierte der Ausschuß Möglichkeiten zur Steigerung der Attraktivität des Hallenbades.

Auf Anfrage von Stadträtin Portenlänger informierte Herr König, daß Spielmaterial für die Kinderspielnachmittage kaum noch vorhanden ist. Die Kosten für den Erwerb geeigneter Spielgeräte liegen bei ca. 8.000 bis 10.000,00 DM. Es ist geplant, einen Teil der Gerätschaften bis zu den Wintermonaten zu erwerben. Auf weitere Anfrage von Frau Portenlänger führte Herr König aus, daß in der Sanierungsplanung die Einbeziehung des westlichen Eingangsbereiches in den Badebereich geplant ist und durchaus für kleinere Veranstaltungen (Kindergeburtstag etc.) geeignet sei.

TOP 6

Bericht über den Winterdienst und die Salz- bzw. Splittstreuung in Ebersberg

öffentlich

Herr König erläuterte dem Umweltausschuß den Einsatzplan für den Winterdienst des städtischen Bauhofs und den Umfang der Räum- und Streupflicht zur Erhaltung der Verkehrssicherheit. Grundsätzlich bleibt festzustellen, daß Gefahrenstellen rechtzeitig entschärft und die Zufahrt zum Kreiskrankenhaus freigehalten werden muß. Wenn nötig, wird hierzu auch auf Salzstreuung zurückgegriffen. Bei Eisregen erfolgt in allen Straßenzügen Salzstreuung. Als Grundsatz stellte Herr König heraus, daß so wenig Salz wie möglich, jedoch so viel wie nötig eingesetzt wird.

Von der Kläranlage wurde in der Zeit von 28.11. bis 09.12.1996 der Chloridgehalt im Zu- und Ablauf gemessen. Dazu kann folgendes festgestellt werden: Der normale Zulauf weist einen Chloridgehalt von etwa 70 bis 90 mg je Liter auf. Der Chloridgehalt im Ablauf ist gegenüber dem Einlauf nahezu unverändert. Das Ingenieurbüro Dr. Busse erklärt, daß ab etwa 1.000 mg Salz je Liter sich dieses auf niedrige Organismen auswirken kann. Ab etwa 2.000 mg je Liter ist mit einer Giftigkeit gegenüber Fischen zu rechnen. Am 23.12.1996 wurde an der Kläranlage gegen 15.00 Uhr ein Zulaufwert von 3.600 mg je Liter festgestellt. Dies ist auf den sehr hohen Salzbedarf zurückzuführen, der aufgrund der extremen Wetterlage notwendig war. An diesem Tag wurde um 3.00 Uhr früh Eisregen festgestellt, der zur Zeit der Probenahme um 15.00 Uhr noch andauerte. Die Straßen wurden ab etwa 3.30 Uhr morgens wiederholt mit Salz gestreut. Dies war aus Sicherheitsgründen unumgänglich. Nachdem innerhalb der Ebrach auch noch eine ziemlich starke Verdünnung eintritt, kann selbst bei den hohen Wert von 3.600 mg je Liter davon ausgegangen werden, daß durch die Verdünnung keine Giftigkeit gegenüber Fischen aufgetreten ist.

Herr König wies darauf hin, daß durch Splitt Abriebschäden in der Kanalisation auftreten. Die Entsorgung des Splitts ist in Ebersberg über eine Spezialfirma gesichert. Aus der Mitte des Ausschusses wurde festgestellt, daß der Winterdienst in Ebersberg grundsätzlich gut funktioniert. Es wurde gebeten, die Geh- und Radwege, deren Reinigung der Stadt obliegt, möglichst bald vom Splitt zu säubern.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelt es sich um einen Bericht, eine Beschlußfassung fand hierzu nicht statt.

TOP 7

Bericht über die Infothek im Rathaus

öffentlich

Herr König berichtete, daß die Stadt auf Bitte des Kreisjugendamtes eine Möglichkeit zur Auflage von Informationsmaterial für Jugendarbeit eingerichtet hat. Diese Infothek befindet sich derzeit im 1. Stock des Rathauses vor dem Büro des Jugendpflegers. Gezielte Beratungsgespräche für Jugendfragen sollten von der Verwaltung aus Kompetenzgründen nicht übernommen werden und ausschließlich vom Jugendpfleger geführt werden.

Stadträtin Portenlänger bat, für die Infothek einen geeigneteren Platz zu suchen, da der jetzigen Standort schwierig zu finden sei. Herr König sagte zu, mit dem künftigen Jugendpfleger, Herrn Hölzer, nach dessen Arbeitsaufnahme einen geeigneten Standort im Rathaus zu suchen und eine deutliche Wegweisung zur Infothek anzubringen.

Stellv. Bürgermeisterin Anhalt bat, einen zweiten Ständer anzuschaffen, um sämtliches Infomaterial unterbringen zu können.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelt es sich um einen Bericht, Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 22.05 Uhr

Anschließend nichtöffentlicher Teil.

Ebersberg, den 20.03.1997

Anhalt
Sitzungsleiterin

Walter
Schriftführer